

ENTSCHLIESSUNGSAVISO

der Abgeordneten Mag.^a Nina Tomaselli, Freundinnen und Freunde

betreffend illegale Parteispende - ÖVP-Vorstand im Kanzleramt: Bundeskanzler soll ÖVP-Obmann zur Zahlung auffordern

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2024 des Rechnungshofes – Reihe BUND 2025/3 (III-100/75 d.B.) (TOP 13)

BEGRÜNDUNG

Ex-Bundeskanzler Alexander Schallenberg hat am 2. März als seine letzte Amtshandlung mit der Beantwortung 342/AB¹ zur Anfrage „ÖVP-Parteivorstand im BKA – Spende an die ÖVP?“ (336/J²) eine illegale Parteispende des Bundeskanzleramtes (BKA) an die ÖVP durch Abhaltung des ÖVP-Bundesparteivorstands am 05. Jänner in den BKA-Prunkräumlichkeiten am Ballhausplatz bestätigt.

Trotzdem hat der Herr Bundeskanzler offenbar weder den ÖVP-Bundesparteichef, die ÖVP Bundespartei oder andere ÖVP-Funktionär:innen zur Zahlung der Miete für die Abhaltung des ÖVP-Bundesparteivorstands aufgefordert (allenfalls unter Heranziehung der Kosten der Anmietung vergleichbarer Innenstadtpalais für Veranstaltungen in der Größenordnung von rund 20 Personen plus Begleitpersonal).

Zu den Tätigkeiten des Rechnungshofes gehört das Prüfen von Parteispenden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen deshalb folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAVISO

Der Nationalrat möge beschließen:

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, den ÖVP-Bundesparteiobermann schriftlich zur Zahlung der Miete für die Abhaltung des ÖVP-Bundesparteivorstands am 5. Jänner 2025 im Bundeskanzleramt unter Setzung einer 14-tägigen Zahlungsfrist aufzufordern.“

*(TOMASELLI)
(KOTZAI)
(CONSECCI)
(SCHALLENBERG)*

¹ Die Beantwortung 342/AB

(https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/AB/342/imfname_1671077.pdf) verweist auf die Beantwortung 341/AB: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/AB/341/imfname_1671074.pdf)

² <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/J/336>